

LIGA LIBELL 145

MÄRZ 2013

GRÜNE LIGA BRANDENBURG

A 10940 Postvertriebsstück
Entgelt bezahlt

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

Volksbegehren passiert erfolgreich den Landtag

Wer hätte das noch zu Beginn des Volksbegehrens im letzten Sommer gedacht? Schleppend liefen die Unterschriftensammlungen auf den Ämtern im Land. Bis Anfang Dezember glaubte niemand in der Landesregierung so wirklich an den Erfolg der Lärmgegner. Dann der Paukenschlag: Mehr als 106.000 Einwohner hatten für ein Nachtflugverbot gestimmt. An diesem Votum kamen auch die Regierungsparteien in Brandenburg nicht vorbei, immerhin sind in den kommenden zwei Jahren Bundestags- und Landtagswahlen. Während die LINKE immer für den baulichen Lärmschutz im Umfeld des Flughafens stark gemacht und die Randzeitenregelung als guter Koalitionspartner mitgetragen, vollzog die Landes-SPD eine 180°-Wendung. Am 27. Februar 2013 stimmte die rot-rote Landesregierung dem Volksbegehren zu. Daran wird sie sich messen lassen müssen. Verhandlungen mit dem Land Berlin, die dann irgendwann im Sand verlaufen, wird sich das Wahlvolk nicht abspesen lassen.

Der Zustimmung gingen Verhandlungen mit den Vertretern des Volksbegehrens voraus. Der strittige Punkt 2, der die Möglichkeit eines weiteren Flughafenstandortes offen ließ, wurde einvernehmlich gelöscht. Eigentlich kam der Absatz nur in den Text des Volksbegehrens, um nicht Gefahr zu laufen,

an der Alternativlosigkeit des Projektes bei der Zulassung des Begehrens zu scheitern.

Dass es kein neues Planverfahren für einen weiteren Flughafenstandort geben würde, war eigentlich von vornherein klar. Damit würden weitere Zehn Jahre ins Land gehen.

Mit großer Mehrheit von 62 Landtagsabgeordneten wurde das Volksbegehren nun abgenommen, Mitglieder aller Fraktionen stimmten für den Antrag. Die Mehrheit der CDU enthielt sich und vier FDP-Abgeordnete und ein SPD-Mandatsträger stimmten dagegen. Die Berliner SPD sprach von Verrat, für die IHK ging die Welt unter. Mehrere tausend Arbeitsplätze gingen nun verloren. Tulpen aus Südafrika, Soja aus Brasilien und Palmöl aus Indonesien werden wohl weiterhin woanders in der Nacht aus den Frachtfliegern entladen werden müssen. Der neue Aufsichtsratsvorsitzende des BER Willy Brandt wird sich nun zu dem von ihm beschlossenen Nachtflugverbot bekennen müssen.

Dass es Matthias Platzeck damit Ernst meint hat er mit der Berufung von Hartmut Mehdorn zum Flughafengeschäftsführer bewiesen. Mehdorn war zehn Jahre (1999-2009) Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn AG. Der geplante Börsengang der Bahn scheiterte auf hohem Niveau, wesentliche Geschäftsbereiche

wurden zerschlagen und die Bahn fiel von einem innovativen Unternehmen hin zu einem Krisenkonzern. Für seine Verdienste bei der Ruinierung der Bahn erhielt er ... die Rostige Schiene von der GRÜNEN LIGA überreicht. Im Jahr 2008 belegte Mehdorn in einer DPA-Umfrage den letzten Platz von 1.000 Spitzenmanagern in Deutschland.

Die nächste Bruchlandung legte er mit Air Berlin hin. Als Vorstand von Air Berlin hat er die Flughafengesellschaft, der er jetzt vorsteht, auf Schadensersatz wegen der ständig geänderten Eröffnungstermine verklagt. Über das Gehalt des Hartmut M. wurde stillschweigen vereinbart. Es dürfte allerdings über den 4.000 Euro pro Tag liegen die Wilhelm Bender als BER-Retter beziehen sollte. Der Rückzug des Ex-Fraport Managers Bender vom Posten des Vorsitzenden der Geschäftsführung gilt bei Insidern als Beleg dafür, dass der BER nicht mehr zu retten ist. Hartmut Mehdorn wird das Seinige dazu tun.

Die wirkliche Flughafeneröffnung dürfte nunmehr nicht vor 2018 stattfinden. Die Kosten die bis dahin anfallen werden, dürften etwa der momentanen Staatverschuldung der USA entsprechen. Das interessiert dann aber auch niemanden mehr.

■ Norbert Wilke

Volksbegehren passiert erfolgreich den Landtag

Norbert Wilke

> S. 1

Einladung zur Bundesmitgliederversammlung 2013

Katrin Kusche

> S. 2

GRÜNE LIGA Brandenburg tritt Aktionsbündnis Klare Spree bei

Norbert Wilke

> S. 4

Brandenburg wird bald frei von alten Alleebäumen sein

Andreas Steiner

> S. 6-7

Erinnerungen an Dr. Ernst Urbahn und seine Frau Herta

Lotte Kiesel

> S. 9

Udo Rothe - unsere Vertreter im Fischereibeirat

Norbert Wilke

> S. 11

Wir haben Agrarindustrie und Massentierhaltung satt!!!

Es war ein kalter Sonntagvormittag in Berlin, das Thermometer wollte nicht über die minus acht Grad hinaus steigen. Eisiger Ostwind fegte durch die Wartenden auf dem Washingtonplatz, dennoch quollen ständig neue Menschentrauben aus dem Gebäude des Hauptbahnhofes auf den Vorplatz. Etwa 25.000 Men-

über den Platz, Umweltverbände, Einwelt-Vereine, Ökoanbauverbände, Tierschutzvereine, Parteien, Gewerkschaften, Netzwerke gegen Massentierhaltung und viele andere zeigten Flagge.

Viele Ortsschilder der von Massentierhaltung, meist holländische Unternehmer die in den Niederlanden aufgrund

nisch veränderten Pflanzen durchringen. (Wahrscheinlich gingen dann lukrative Aufsichtsratsposten verloren.)

Um es vorweg zunehmen: die Gruppe der GRÜNE LIGA Teilnehmer auf der Demo war überschaubar. Hier haben wir noch Nachholbedarf bei der Mobilisierung unserer Mitstreiter. Dennoch ein



Transparent während der „Wir haben es satt“ Demo.

Foto: Norbert Wilke

schen fanden sich letztendlich ein um an der größten landesweiten Umweltdemonstration teilzunehmen. Wenn sich ein so breites Bündnis zusammenfindet, müssen die Ursachen hierfür schon sehr bedeutend sein. Landwirte versuchten ihre Traktoren in den Zug einzuordnen, es gab regelrechte Themenwagen wie beim Karneval und auch die vielen kostümierten Menschen ließen diesen Vergleich zu. Dennoch, die Thematik der industriellen Massentierhaltung ist dafür viel zu ernst.

Ein unendliches Fahnenmeer wehte

staatlicher Auflagen ihre Tierhaltung nicht mehr weiterbetreiben können und sie daher nach Deutschland auslagern, betroffene Gemeinden wurden gezeigt und vermittelten das Gefühl: Wir sind mit unserem Problem nicht allein und wir sind viele.

Sehr viele Imker waren vor Ort, teilweise in Imkertracht, um für einen konsequenten Schutz der Bienenhaltung zu werben. Die Imkerei ist ein austerbendes Gewerbe, die Bundesregierung kann sich nicht zum Verbot bestimmter, bienenschädigender Pestizide und der gentech-

Dank an die GRÜNE LIGA Berlin die für alle Grünligisten einen Treffpunkt im Gewühl des Hauptbahnhofes organisiert hatte. Der Demonstrationzug führte im Halbkreis vom Hauptbahnhof zum Hauptbahnhof, streifte kurz die Friedrichstraße – was zu offenen Mündern bei den einkaufenden Passanten führte – um sich dann wieder im menschenleeren Regierungsviertel zu verlieren. Vor dem – wohl am Wochenende ebenfalls leeren Bundeskanzleramt, fand dann die Abschlusskundgebung statt. Hubert Weiger (BUND-Vorsitzender) einer der Hauptred-

ner der Abschlussveranstaltung fasste die Forderungen der Teilnehmer nach einer Wende in der Landwirtschaft – weg von der Agrarindustrie – zusammen. Damit diese Forderung in der verantwortlichen Bundesregierung ankommt, muss sicher in den nächsten Jahren noch viel unternommen werden. Es liegt natürlich auch am Verbraucherverhalten, welches sich den regionalen Produkten zuwenden muss, um eine Wende zu erreichen. Leicht gesagt, in den größeren Städten auch umsetzbar, in der Fläche aber noch ein Problem. Solange Lebensmittel billig

beim Discounter erworben werden, ist keine Wende in Sicht. Regionale Kreisläufe sind aber wieder herstellbar und können entwickelt werden.

Die Kantine im Bundestag wird übrigens seit Jahren schon mit ausschließlich im Ökolandbau zertifizierten Lebensmitteln versorgt. Die Regierung löffelt also nicht die Suppe aus die sie einbrockt.

Auch auf Brandenburg rollt eine Welle von geplanten Großanlagen zu, die Schweinemastanlage Haßleben ist noch immer nicht vom Tisch und weitere Holzländer planen neue Standorte im Land, in

Steinhöfel sollen 420.000 Hähnchen gemästet werden und in Gumtow Enten. Unsere Brandenburgische Landesregierung ist hier ebenfalls in der Pflicht und kann durch die Streichung von Subventionen und durch die Kontrolle gesetzlicher Regelungen, z.B. beim Brandschutz, Einfluss nehmen. Die nächste Möglichkeit Flagge zu zeigen besteht am 3. Mai anlässlich der nächsten Großdemo in Berlin, bei sicherlich günstigeren Temperaturen.

Nähere Infos unter:

www.wir-haben-es-satt.de

■ Norbert Wilke

Bundesmitgliederversammlung 2013 in Berlin

Am Samstag dem 23. März 2013 findet um 10.00 Uhr im Berliner Haus der Demokratie, die dies jährige Bundesmitgliederversammlung der GRÜNEN LIGA statt (Havemannsaal)

Tagesordnung

1. Begrüßung und Formalia (Moderatoren)
2. Politische Rede des Bundesvorsitzenden (Dr. Torsten Ehrke)
3. „Die Zukunft des DNR“ Vortrag und Diskussion mit dem neugewählten DNR-Präsidenten (Prof. Dr. Hartmut Vogtmann, angefragt)
4. Tätigkeitsberichte
 - Bundesprecherrat und Bundesvorstand (N.N.)
 - Bundesschatzmeisterin (Ariane Steins-Meier)
 - Revisionskommission (Jörg Fuss, Hans-Otto Träger)
 - Schiedskommission (Gudrun Vinzing, Joahnn Staudinger, Norbert Wilke)
5. Diskussion und Beschlussfassung zu TOP 4, Entlastungen
6. Anträge zur Vereinsentwicklung
 - Wahl Klaus Schlüters zum Ehrenvorsitzenden (Dr. Torsten Ehrke)
 - Anträge zur Satzung (Bundesprecherrat s. S. 8, gegebenenfalls weitere)
 - Beitragsordnung (Ariane Steins-Meier/VertreterInnen Beitragskommission)
 - Wahlordnung (Dr. Torsten Ehrke)
7. Haushaltsplan und Beitragsordnung 2013 (Ariane Steins-Meier)
8. Inhaltliche Anträge
 - Planung Halbjahrestreffen Vorschläge und Diskussion zu Inhalt, Ort ... (alle TeilnehmerInnen)
 - Antrag der Umweltgruppe Cottbus auf Anerkennung als Bundeskontaktstelle Braunkohle (René Schuster)
 - weitere inhaltliche Anträge
9. Berichte der Bundeskontaktstellen (BKSt-Vertreter) und der Regionalverbände
 - Regionalverband Berlin (N.N.)
 - Regionalverband Brandenburg (N.N.)
 - Regionalverband Sachsen (N.N.)
 - Regionalverband Thüringen (N.N.)

Die Berichte der Bundeskontaktstellen werden im Rahmen des schriftlichen Geschäftsberichts des Bundesverbandes entgegengenommen
10. Schlusswort

GRÜNE LIGA Brandenburg tritt dem Aktionsbündnis Klare Spree bei

Auf seiner turnusmäßigen Vorstandssitzung am 24. Januar haben die Landessprecher der GRÜNEN LIGA Brandenburg den Beitritt zum Aktionsbündnis Klare Spree beschlossen. Damit ist unser Verein Bestandteil des größten und weitreichenden Umweltbündnisses, das es

gab. Vereine und Initiativen aus Land- und Forstwirtschaft, Tourismus und Fischerei, Anglerverbände, Natur- und Umweltschutzvereine haben sich zusammengetan, um der zunehmenden Verockerung der Spree entgegenzutreten. Ohnmächtig musste in den letzten Jahren mit angesehen werden, wie die Verockerung der Spreearme durch die Belastung mit Eisenhydroxid und Sulfat immer weiter um sich griff. Durch den ansteigenden Grundwasserstand nach Beendigung

alter Tagebaue wird verockertes Spreewaldfließ

das giftige Eisen aus den Tagebaukippen ausgewaschen und gelangt in die Fließe. Der Umstand ist seit Jahren bekannt, das schon jetzt erreichte Ausmaß übersteigt die Befürchtungen und beweist abermals: Die negativen Folgen des Braunkohleabbaus wurden auch an diesem Punkt unterschätzt.

Luftbilder machen das Ausmaß der Katastrophe deutlich. Nunmehr hat das Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz die Veröffentlichung zweier Gutachten durch die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) durchgesetzt. Kurz zuvor hat die Bundestagsabgeordnete Cornelia Behm (Grüne) auf Nachfrage noch zur Antwort bekommen, das es keine Veröffentlichung der Gutachten gibt.

Nunmehr können sie unter www.lmbv.de/index.php/studien-zur-eisenbe-

[lastung.html](http://www.klare-spree.de/lastung.html) eingesehen werden. Gefahr erkannt, Gefahr gebannt? Mitnichten, die vorgeschlagenen Maßnahmen scheinen nicht geeignet, das Problem wirklich zu lösen. Entschlammungen, Biochemieeinsatz und neue Staustufen werden die Symptome eindämmen, die Ursachen bleiben.



Morgen?

Quelle: <http://www.klare-spree.de>.

Mancher wähnt schon neue Goldgräberstimmung und sieht den Spreewald als Eisenlieferant für die Rohstoffgierige Wirtschaft. Der Ministerpräsident Platzeck möchte die Fließe bekalken, um die Versauerung einzudämmen, „Schiff drauf, Kalk rein“ sagte er gegenüber der MAZ. Ich sage, solange nicht die Planungen für neue Tagebaue eingestellt werden, solange sich das Land nicht von einem neuen Braunkohlekraftwerk in Jänschwalde verabschiedet, je länger wir an der Braunkohlenverstromung festhalten um so länger wird uns das Problem begleiten und immer stärker werden.

Vattenfall scheint in dieser Frage schon weiter zu sein als die Brandenburger Landesregierung.

Der Konzern möchte in den nächsten Jahren 1.500 Stellen in der Lausitz strei-

chen. Seit 2004 sind die Arbeitsplatzzahlen bei Vattenfall ein Geheimnis, das sie stetig rückläufig sind, ist aber sicher. Bisher hat das Tabu dazu geführt, dass in Medien oder der Politik horrenden Zahlen kursierten. Mal waren es 60.000, mal 20.000 Beschäftigte, manchmal auch nur 6.000 Arbeiter. Real sind es wohl mittlerweile keine 4.000 mehr.

Der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Neskovic schreibt hierzu in einer Pressemitteilung: „Die von Vattenfall propagierten Ziele zur Einsparung von Kohlendioxid sind mit den Braunkohlekraftwerken nicht zu realisieren. Das ist jedoch keine neue Erkenntnis. Vattenfall weiß längst selbst, das die Braunkohle keine Zukunft hat. Deshalb wird von dem Arbeitsplatzabbau besonders der Standort Lausitz betroffen sein. Die Durchhalteparolen der Brandenburger Landesregierung und der deutschen Vattenfall-Dependance ändern hieran nichts. Im Gegenteil: Sie sind verantwortungslos, weil sie den Menschen die falsche Hoffnung auf sichere Arbeitsplätze vermitteln. Nunmehr zeigt Vattenfall sein wahres Gesicht.“

Vielleicht ein Hoffnungstreifen am Horizont. Erst nach Beendigung des Braunkohletagebaus besteht wieder eine Chance auf eine klare Spree.

■ Norbert Wilke

Erneut Prozesse gegen Atomkraftgegnerinnen in Potsdam

Am 19. Dezember wurde der Ordnungswidrigkeitsprozess gegen die französische Kletteraktivistin Cécil Lecomte fortgesetzt. Ihr wird vorgeworfen, durch Kletteraktionen Atommülltransporte und Naziaufmärsche blockiert zu haben. Solcherlei Prozesse finden regelmäßig in Potsdam statt. Grund dafür ist die Zentralisierung der Bundespolizei in der Brandenburgischen Landeshauptstadt; damit werden alle Prozesse, die diese Behörde auslöst, hier verhandelt. Für Aktivistinnen wie Cécil bedeutet das einen sehr langen Anfahrtsweg. Um so wichtiger ist die Unterstützung vor Ort. Zum Termin im Dezember kamen 20 Menschen aus Niedersachsen, Berlin und Brandenburg. Schon am Haupteingang des Gebäudes galt für sie eine Sonderbehandlung: Jede und Jeder musste einzeln seine oder ihre Taschen leeren und sich scannen lassen. Nagelpfeilen, aber auch Filzstifte und Sticker werden im Gerichtssaal „zum Schutze der Sicherheit und Ordnung“ nicht geduldet.

So startete dieser 2. Prozesstag im Fall „Lecomte“ mit der Rüge, dass die Wahrung der Öffentlichkeit dieses Prozesses (erneut) erschwert werden sollte. Die Verfügung, strenge Sicherheitskontrollen für genau diese Verhandlung durchzuführen, ist so spät erlassen worden, dass es keiner der Beteiligten möglich war, sich dagegen zu wehren. Richterin Ahle hatte wieder wenig Lust, sich eingehend mit den Wortmeldungen der Beschuldigten



Cécile, das „Eichhörnchen“

Autor: <http://www.eichhoernchen.ouvation.org/>

und ihrer Laienverteidigerin auseinander zu setzen. Beweisanträge wie Befangenheitsanträge wies sie zurück: Sie dienen nur der Verschleppung des Prozesses und zu klären gäbe es ja ohnehin nichts mehr, der Sachverhalt sei lückenlos erläutert worden. Dabei befassten sich die zahlreichen Beweisanträge gar nicht mit dem tatsächlichen Geschehen, sondern vielmehr mit der politischen Motivation

der Aktivistin. Diese Motivation kann im Verfahren wichtig zur Bewertung der Schuld- und Zurechenbarkeitsfrage sein. Einige dieser Anträge werden in Kürze hier herunterladbar sein: www.blog.eichhoernchen.fr. Von den aufwühlenden politischen Reden war Frau Ahle jedoch nur genervt. Das Publikum bemühte sich derweil um eine Demokratisierung der Justiz und brach Vorschläge ein, wie die Richterin den nächsten Antrag ablehnen könne – schließlich hatte selbige extra Formulare dabei, auf denen sie nur noch ankreuzen muss, ob und warum ein Beweisantrag abgelehnt wird.

Um 16.15 Uhr schließlich, nach fast dreieinhalb Stunden Verhandlung, kam die Aufforderung an alle, sich zur Urteilsverkündung zu erheben. Doch fast die Hälfte der Anwesenden stand nicht auf. „Ich bitte Sie, das hat was mit Respekt zu tun,“ appellierte Richterin Ahle fast schon resigniert ans Publikum. „Wenn das was mit Respekt vor dem Gericht zu tun hat, bleib ich sitzen!“, sagte einer. Da seufzte die Richterin und verließ, auch ohne den Respekt des gesamten Saals, ihr Urteil. Demnach habe sie durchaus die politische Motivation der Beschuldigten berücksichtigt und hält ein Bußgeld in Höhe von zwei Mal 100 Euro für nicht nur ausreichend sondern auch erforderlich. „Ich urteile hier nicht über eine Meinung,“ fügte sie hinzu, als das Publikum rumort.

■ Chriss Kühnl

Stephane Hessel verstorben

„93 Jahre. Das ist schon wie die allerletzte Etappe. Wie lange noch bis zum Ende? Die letzte Gelegenheit, die Nachkommen teilhaben zu lassen an der Erfahrung, aus der mein politisches Engagement erwachsen ist.“ Stephane Hessels Streitschriften bewegten die Welt. Hessel, 1917 in Berlin geboren, siedelte 1924 mit seinen Eltern nach Paris über. Nach der Besetzung Frankreichs durch die Wehrmacht schloss er sich der Resistance an, wurde verhaftet und in das KZ Buchen-

wald verschleppt. Nach der Befreiung im April 1945 kehrte Stephane unverzüglich nach Paris zurück. Er gehörte zu den Mitautoren der französischen Verfassung und der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen. Der ehemalige Diplomat prangerte im hohen Alter die Zerstörung menschlicher Werte durch das Finanzkapital an, wandte sich gegen die täglich zunehmende Umweltzerstörung und verurteilte die israelische Politik gegenüber den Palästinensern. Stephane Hessel war

das Gewissen der westlichen Welt. Am 26. Februar ist er in Paris verstorben, seine allerletzte Etappe ist zu Ende.

Hessel hat noch in seinen letzten Lebensjahren mehr Weitsicht und Mut bewiesen als die meisten Politiker weltweit.

■ Norbert Wilke

Neues Alleenkonzzept der Landesregierung in Arbeit

Seit mehr als einem Jahr wird nun schon an der neuen Alleenkonzption der Landesregierung gearbeitet, oder wohl eher nicht. Naturschutzvereine und die Grünen im Landtag drängen auf eine Regelung. Von offizieller Seite (Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft) wurde ein erster Entwurf in den nächsten Monaten in Aussicht gestellt.

Der Knackpunkt ist, dass sich das Land eigentlich vom Alleenschutz verabschieden will, es de facto bereits getan hat. Alleen genießen keinen Schutz, bereits jetzt wird von zahlreichen Ausnahmegenehmigungen reichlich Gebrauch gemacht.

Gerade erst im Februar wurde an der L273 vom Ortsausgang Potsdam-Bornim bis zum Ökohof eine komplette, gesunde Lindenallee restlos gefällt. Der offizielle Grund hierfür sind Straßenbauarbeiten. Künftig kann ich von der Autobahnabfahrt Potsdam-Nord zügig nach Potsdam rollen um dann hier an den Pfortnerampeln fünf Minuten zu warten und im Schritttempo in die Stadt zu stottern.

In Glienicke Nordbahn sollen alle Alleen innerorts innerhalb von fünf Jahren gefällt werden – weil es die Gemeinde so will. Oft hört man das Argument, die Al-

leen seien zu alt. Ich kann mich erinnern gelernt zu haben, dass Bäume mehrere hundert Jahre alt werden können. Hier ist aber die Rede von 60jährigen Bäumen. Die Alleen können die pausenlosen Belastungen durch Abgase, Öle und vor allem Tausalz nicht kompensieren. Hinzu kommen fatale Behandlungsfehler, falscher Baumschnitt, Bankettschnitt in de Wurzelbereich und bis an die Baumrinde hinein. In den Wunden siedeln sich Pilze an, Salznekrosen lassen die Blätter schon im Frühsommer absterben, Wassermangel und Schädlingsbefall kommen hinzu. Die Straßenbäume altern viel zu schnell. Neupflanzungen können das Problem jedoch nicht lösen. Meist vertrocknen die Pflanzungen schon in den ersten drei Jahren. Der im Alleenerlass geforderte Pflanzabstand von 4,50 m befreit die Nachpflanzungen davon, gleich in der salzigen Erde einen frühen Tod zu finden. Nur werden wir dann auch nie wieder Alleen bekommen, wie wir sie heute kennen. Die 15 Meter Reihenabstand kann selbst ein Affenbrotbaum nicht mehr schließen. Wir verlieren mit jeder Alleenfällung ein Kulturgut unwiederbringlich. Das Land möchte die jährlichen Nachpflanzungen ohnehin auf 5.000 Stück begrenzen, die

Kosten wären dann überschaubar (etwa 500 Euro pro Baum). Gefällt sollen aber wesentlich mehr Bäume werden. Nachpflanzungen in entstehenden Allee sollen nicht mehr stattfinden, angeblich würde so der Alleencharakter gestört. Wenn die Allee komplett gefällt wird und dann im Abstand von 15 m nachgepflanzt wird passiert dies nicht? Welch ein Wahnsinn! Nachpflanzungen in den Alleen ja und das sofort! Allerdings ist hierfür natürlich auch das längst fällige Verbot von Tausalz notwendig. Tausalz ist ein Gift, welches letztendlich im Grundwasser landet. Baumpflege und Bankettschnitt dürfte nur noch von hierfür zertifizierten Firmen durchgeführt werden.

Die GRÜNE LIGA setzt sich konsequent für den Erhalt bestehender Alleen ein. Wir wollen in diesem Jahr Daten über ausgewählte Alleen sammeln, Hinwiesie zur Pflege und zum Erhalt der Bäume geben. Die so gewonnenen Daten sollen in eine Datenbank eingepflegt werden, über Ergebnisse werden wir an dieser Stelle berichten. Alleen sind ein Kulturgut und keine Konkursmasse, der man sich entledigen kann.

■ Norbert Wilke

Brandenburg wird bald frei von alten Alleebäumen sein

Und wieder kreischen die Kettensägen im Land Brandenburg, nicht nur in den Hausgärten, sondern vor allem an den Alleestraßen. Vor und nach der Vegetationsperiode, im Vorfrühling und Herbst, verschwinden zahlreiche alte Alleebäume. Die Zahlen sind beeindruckend wie erschreckend zugleich: Pro Baumschau werden in den Landkreisen Hunderte von Bäumen zur Fällung ausgezeichnet.

Eigentlich sollten Alleen im Land Brandenburg durch das Brandenburgische Naturschutzgesetz geschützt sein. In § 31 heißt es, dass sie nicht beseitigt, zerstört, beschädigt oder beeinträchtigt werden dürfen. Die Realität jenseits des geduldigen Papiers sieht aber leider anders aus.

Stück für Stück, und fast schon syste-

matisch, werden Alleen zerstört. Baum für Baum wird herausgenommen, sie werden aufgelichtet und verlieren damit ihre Schutzwürdigkeit. Nachpflanzungen in den entstandenen Lücken zur Erneuerung solcher Alleen finden viel zu selten statt. Wenn Lückenpflanzungen erfolgen, werden sie in den ersten wichtigen Jahren des Anwachsens häufig zu wenig gegossen, so dass sie vertrocknen. Andere werden umgefahren oder gehen durch übermäßigen Gebrauch an Streusalz ein. Die kleinen Bäume haben somit ziemlich schlechte Aussichten, erwachsen zu werden.

Vorab: Keine Diskussion anstoßen möchte ich über solche alten Alleebäume, die aufgrund ihres mangelhaften Vitalitätszustandes tatsächlich den Erfordernis-

sen an die Verkehrssicherheit nicht mehr entsprechen. Zu ihnen zählen Exemplare, die schlichtweg aus Altersgründen im natürlichen Abgang begriffen sind und solche, die aus unnatürlichen, menschengemachten Gründen (z.B. durch Salz- oder Anfahrtschäden) vor der eigentlichen Reststandzeit gefällt werden müssen.

Bei allen Fällungen die darüber hinaus gehen bin ich der Überzeugung: An Brandenburgs Straßen wird viel zu früh und vorschnell abgeholzt, weit bevor Gefahr im Verzug ist und der Baum zum Verkehrsrisko wird. Dieser Vorwurf geht an den Landesbetrieb Straßenwesen, namentlich die Straßenmeistereien. Wenn ich mir die gefällten Bäume in Stücken geschnitten am Straßenrand anschau, so kann ich in vielen Fällen keine Schad-

symptome wie Fäulnis oder Bruchstellen erkennen, die zu einem Zusammenbruch der Bäume führen würden. Eine durchgehende Wandstärke längs des Stammes ist zudem gegeben. Ein Problem in diesem Zusammenhang ist, dass man die eigentlich brandgefährlichen Kandidaten mit den relativ einfachen optischen und quasisiphysikalischen sowie wenig zeitaufwendigen und kostengünstigen Methoden im Rahmen der regelmäßigen Baumschauen nicht herausselektieren wird, - solche, die noch völlig belaubt sind und in den oberirdischen Vegetationsteilen vital erscheinen, keine Schadsymptome aufweisen und eine ausreichende Restwandstärke aufweisen, im Bodenbereich aber durch erhebliche Wurzelschäden bzw. -fäulnis keine ausreichende Standfestigkeit mehr haben und plötzlich „aus den Latschen kippen“. Wir alle kennen diese Horror-Pressemeldungen wie „Großer Baum stürzt bei Windstille unverhofft auf Auto“, oder so ähnlich.

Weshalb sprechen sich die Behörden so schnell für Alleebaumfällungen aus? Der Grund mag wohl darin liegen, dass von der Landesregierung einfach zu wenig Geld für die Pflege alter Straßenbäume zur Verfügung gestellt wird. Ich bin davon überzeugt, dass sich die Lebensdauer von Alleebäumen mit einer guten fachgerechten Baumpflege deutlich, oftmals um 10 – 20 Jahre, erhöhen könnte. Wie bei alten Menschen nimmt allerdings auch bei den in die Jahre gekommenen Bäumen der Aufwand, der betrieben werden muss, um sie gesund zu erhalten, deutlich zu. Ein alter Baum ist im „Rückwachtum“ begriffen. Ein solches muss durch baumpflegerische Maßnahmen begleitet werden. Regelmäßig ist die Entfernung von Totholz erforderlich und manchmal muss die überladene Krone, damit der Baum nicht auseinanderbricht, durch Astschnitte entlastet werden. Solche Maßnahmen kosten Geld, viel Geld. Da sind Fällungen oftmals billiger als die „Alterspflege“ von Bäumen. Der Problembaum wird beseitigt und damit ist dann Schluss. Deshalb wird grundsätzlich nach dem Motto „Rodung vor Pflege“ gehandelt. Weiterhin stellen die Alleen mittlerweile einen „Holzpool“ dar. Energie wird immer teuer und die Bedeutung von Holz als Brennstoff nimmt stetig zu. Wie gut also, dass es noch die Alleen gibt, aus denen man schöpfen und sich bedienen kann.

Ein per Gesetz geschützter Alleebaum kann schnell zur Fällung ausgewiesen werden wenn Behörden es wollen. Man benötigt in der Regel nur einen Baumgutachter, der bescheinigt, dass der Fällkandidat krank ist und eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellt. Solche Baumgutachten fundieren zwar auf feste Grundlagen, jedoch ist auch immer eine große Portion gutachterlicher Ermessensspielraum der persönlichen Einschätzung, sprich Auslegungssache, dabei. Und welcher Baumsachverständiger der Naturschutzbehörden, der eigentlich pro Baumschutz agieren sollte, wird zur Fällausweisung eines Gutachters des Landesbetriebes Straßenwesen gegenteiliger Meinung sein? Wer will



Alte Ahornallee bei Hoppenrade

Foto: Norbert Wilke

schon ein Gegengutachten erstellen und die Verantwortung übernehmen, wenn durch den Baum tatsächlich etwas passiert, was, wie alles im Leben, niemals zu 100 % auszuschließen ist? Weiterhin ist mir noch nicht untergekommen, dass Baumgutachter der Naturschutzbehörden mit denen der Straßenmeistereien an den Alleenstraßen um Bäume ringen, ob diese nun doch noch stehen bleiben können oder sofort gefällt werden müssen. Auseinandersetzungen von Behörden untereinander um sachliche Themen finden in der Regel doch nicht statt.

Abschließend möchte ich noch auf das Thema Baumpflege eingehen: In dieser

Branche tummeln sich mittlerweile viele Firmen, die keine ausreichende Qualifikation haben um fachgerecht baumpflegerische Maßnahmen auszuführen. Häufig sind es solche Unternehmen, die im Rahmen von Hausmeisterdiensten zusätzlich Baumschnitte anbieten. Die Resultate kann man überall in der Landschaft sehen: Traurige Baumexemplare, die eine verschnittene Krone haben und nur noch unansehnlich sind. So verstümmelt, dass Baumpilze leicht in die Schnittwunden eindringen können und den Baum nach wenigen Jahren zerstören. Solchen Firmen dürfte es nicht gestattet sein, am Markt zu operieren. Sie stellen eine Schmutzkonzurrenz zu den Baumpflegerern dar, die ihr Handwerk

verstehen.

Somit bleibt der trübe Ausblick, dass die alten Alleen in Brandenburg in Zehn bis 20 Jahren zur Seltenheit werden. Eigentlich lieben die Brandenburger ihre Alleen. Deshalb besteht die Hoffnung, dass die Menschen hinsichtlich der massiven Alleenzerstörung nicht mehr tatenlos zusehen, sondern sich im Alleenschutz stärker engagieren. Gleichsam müssten sie sich dann aber auch im Klaren darüber sein, dass das Land mehr Geld für den Erhalt (alter) Alleen wird ausgeben müssen.

■ Dr. Andreas Steiner

Dr. Ernst Urbahn und Herta Urbahn zum 30. Todestag

Vor 30 Jahren, am 14. Januar 1983, verstarb der weltbekannte Entomologe und Ehrenbürger der Stadt Zehdenick Dr. Ernst Urbahn. Nur einen Tag später folgte ihm seine Frau, Vertraute und Mitarbeiterin Herta durch Freitod nach. Beide haben die Naturschutzarbeit nach 1945 in unserer Region nachhaltig geprägt.

Die GRÜNE LIGA Oberhavel hat daher am 14. Januar diesen Jahres an der Grabstätte der Familie Urbahn auf dem Zehdenicker Friedhof ein Blumen-gebilde niedergelegt, um an die beiden Naturschützer zu erinnern.

Lotte Kiesel (91) aus Zehdenick hat uns gebeten, den beigefügten Artikel zu veröffentlichen. Die Familie Kiesel gehörte zu den engsten Vertrauten, Mitarbeitern und Freunden des Ehepaars Urbahn. Aus einer anfänglichen Fahrgemeinschaft – Ernst Kiesel hatte ein Auto, interessierte sich für Entomologie und sammelte selbst Schmetterlinge – zu den Tag- und Nachtfängen, entwickelte sich eine enge Freundschaft beider Familien.

So gab es gemeinsame Exkursionen am Wochenende in die Zehdenicker Umgebung, aber auch längere Fahrten, wie z.B. zur Landeslehrstätte Müritzhof in Mecklenburg, die schon 14 Tage dauerten. Herta und Ernst, beide Urbahns waren begnadete Kenner unserer heimischen Flora und Fauna, weit über ihr Fachgebiet der Schmetterlingsforschung hinaus, und sie gaben ihr Wissen gern an andere Interessierte weiter.

Nicht nur harte Arbeit prägte ihr Leben, legendär waren auch die jährlichen Kostümbälle des Kulturbundes in der Gaststätte Berlin in Zehdenick. Urbahns überraschten die anwesenden Natur- und Heimatfreunde alljährlich mit neuen,



Ernst und Herta beim Begutachten ihrer Sammlung

Foto: Lotte Kiesel

originellen Kostümen. Vieles ließe sich an dieser Stelle noch berichten. Doch dazu vielleicht später mehr, Lotte Kiesel hat die

Stationen im Leben der Familie Urbahn in ihrem Artikel umrissen.

■ Norbert Wilke



Grabstätte der Fam. Urbahn

Foto: Norbert Wilke

Ehrung für Familie Urbahn

Am 14. Januar, dem 30. Todestag von Dr. Urbahn, legten Mitglieder der GRÜNEN LIGA Oberhavel am Ehrengrab der Familie einen Kranz nieder, worüber auch die örtliche Presse berichtete. Lotte Kiesel konnte an diesem Tag leider nicht daran teilnehmen. Als enge Freundin der Familie Urbahn hat sie diese viele Jahre lang begleitet, dienstlich und privat. Am

7. April steht bereits die nächste Ehrung an, an diesem Tag wäre Dr. Urbahn 125 Jahre alt geworden. Hierzu haben sich bereits Vertreter der Stadt Zehdenick und die Natur- und Heimatfreunde, deren Mitglieder Urbahns bis zu ihrem Tod waren, angesagt.

■ Norbert Wilke

Erinnerung an Dr. Ernst Urbahn und an seine Frau Herta

Ernst Urbahn wurde am 7.4.1888 (im Dreikaiserjahr) in Zehdenick in der jetzigen Dammhaststraße Nr.31 in einer alteingesessenen bürgerlichen Familie geboren. Sein Vater war Holzhändler und kaufte das Hausgrundstück Poststraße 15 um 1900, welches an der Havel liegt. Mit seiner Schwester Emmi, die sich später als Malerin von Blumen auszeichnete, durfte Ernst eine frohe Kindheit erleben. Sein Vater und dessen Brüder weckten schon früh sein Interesse für Schmetterlinge, so dass er schon mit sieben Jahren selbst sammelte. Nach dem Besuch der Bürgerschule absolvierte er das Gymnasium „Carolinum“ in Neustrelitz

und studierte anschließend in Heidelberg, Berlin und Jena Biologie, Physik, Erdkunde und Mathematik. Seine Doktorarbeit von 1913 trägt den Titel: „Abdominale Duftorgane bei weiblichen Schmetterlingen“, (d. h. am Bauch befindliche), er schloß sie mit magna cum laude (mit großem Lob) ab. 1914 legte er sein Staatsexamen ebenfalls mit Auszeichnung ab. Von 1914-16 war er in Brandenburg/Havel im Schuldienst tätig, wo seine spätere Frau Herta seine Schülerin war. Ihr Vater war dort Stadtbaumeister. Anschließend erhielt Dr. Urbahn eine Anstellung als Oberlehrer in Schwiebus und ab 1. Juli 1920 in Stettin, so dass sie anschließend heiraten konnten. Es entstand in etwa 20jähriger, gemeinsamer Arbeit das Standardwerk „Die Schmetterlinge Pommerns“. Ihre Ferien und Wochenenden entsprachen damit Arbeitsurlauben, die schriftlichen Arbeiten erledigte Frau Herta. Kinder hatten sie nicht.

1927 übernahm Dr. Urbahn ehrenamtlich die Schriftleitung der „Entomologischen Nachrichten Deutschlands.“ In Stettin schufen die Eheleute eine umfangreiche und akkurate Schmetterlingssammlung, welche sich dort im Museum befand und 1945 durch Brand

vernichtet sein soll. Sie soll aber auch in Warschau in einem Museum gesichtet worden sein. Urbahns haben öfter schriftlich recherchiert, aber aus Polen keine Antwort bekommen.



Familie Urbahn in den Kapperwiesen

Quelle: Stadtarchiv Zehdenick

Im Krieg waren sie mit anderen Schulklassen im Rahmen der Kinderlandverschickung Drei Jahre auf Rügen, denn die Luftangriffe wurden immer schlimmer. Nach dem Zusammenbruch 1945 standen sie in Stettin vor dem Nichts, versuchten aber trotzdem, weiterzuarbeiten. Als sie unter polnischer Regierung als Deutsche keine Lebensmittelkarten bekamen, machten sie sich im Spätsommer 1945 mit einem selbstgebauten Wägelchen auf den Weg nach Zehdenick, denn Zugverkehr bestand nun nicht mehr. Auf dem Heimweg stellte Ernst sich in Templin seiner Schulbehörde zur Verfügung, beide begannen nebenher trotz ihres Alters und aller Widrigkeiten der Nachkriegszeit, eine neue Schmetterlingssammlung aufzubauen. Die war an ihrem Lebensende auf 2.500 Arten (!) angewachsen und wurde von ihnen dem Naturkundemuseum in Berlin vererbt. Befördert wurde Dr. Urbahn in der Nazizeit und der DDR nicht, weil er kein Parteigenosse war. In- und ausländische Ehrungen wurden ihm zuteil, denn er hatte mit seiner Frau 185 wissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht, die in Fachkreisen große Beachtung fanden. Mit der Leibniz Medaille wurde ihm die höchste Ehrung der Akademie

der Wissenschaften der DDR zuteil, aber man erschwerte dem Ehepaar auf jede Weise die Teilnahme an internationalen Kongressen, obwohl beide längst im Rentenalter waren. Zu einem Kongress in der Schweiz wurden ihnen 5,- DDR-Mark pro Person 1:1 umgetauscht; im Jahr darauf wurde ihnen die Teilnahme an einem solchen Kongress in Wien sogar ohne jede Begründung verweigert. Nicht einmal ein Telefon wurde ihnen in der DDR zugestanden, obwohl Ernst Urbahn Ehrenbürger unserer Stadt geworden war. Über diese Ehrung hat er sich besonders gefreut, wenn sie auch beide über die unbegreiflichen Schikanen durch den Staat oft verärgert waren. Getragen hat Ernst seine Orden nicht.

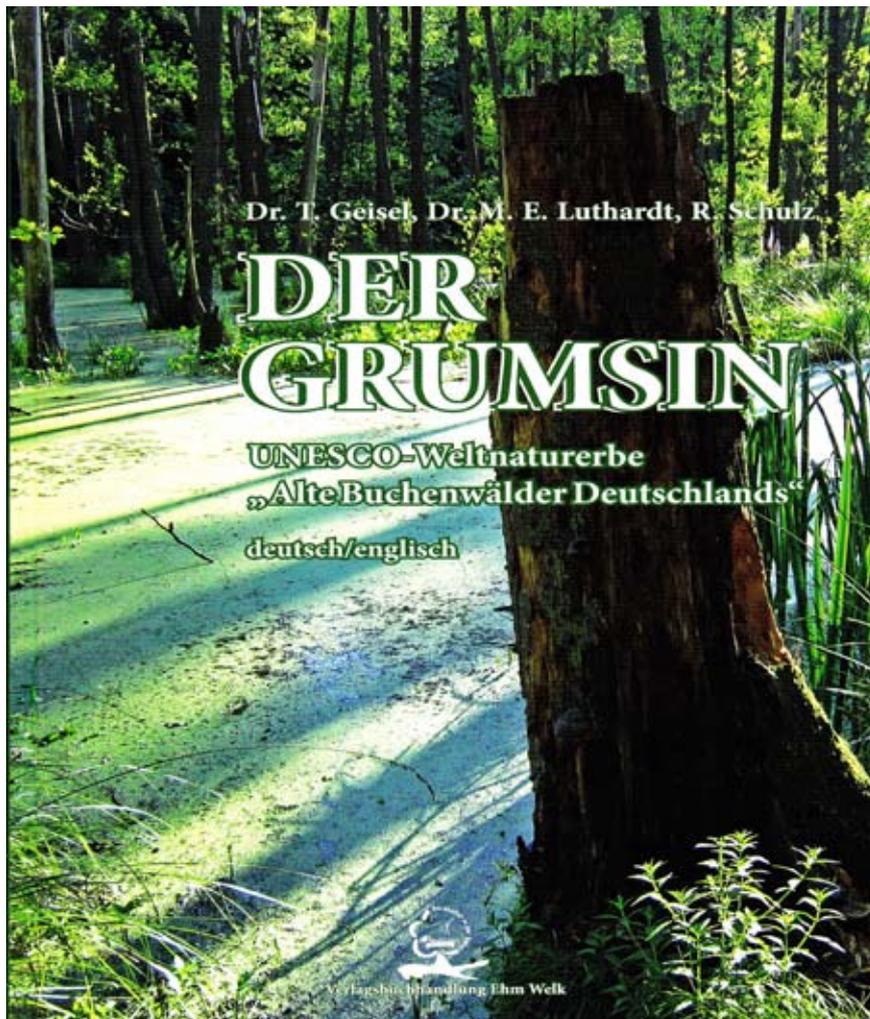
Urbahns haben mit Dr. Hans-Joachim Bormeister 35 Jahre lang im Kulturbund der DDR naturwissenschaftliche Vorträge, Exkursionen etc. in unserer Gruppe Natur- und Heimatfreunde organisiert. Weitere Referenten und Helfer fanden sich im Lauf der Jahre. Mein Mann Ernst Kiesel war einer von ihnen. Ich kann mit Stolz berichten, daß es uns damals gelungen ist, eine politische Durchdringung unserer Gruppe abzuwehren. Wie schwierig das in der DDR war, kann man sich heute kaum vorstellen. Die Natur- und Heimatfreunde existieren sogar heute noch. Trotz ihrer Altersbeschwerden waren Herta und Ernst Urbahn bis zu seinem Ableben am 14.1.1983 aktiv. Frau Herta war Zwölf Jahre jünger als er, folgte ihm in der Nacht darauf freiwillig in den Tod. Eine Erinnerungstafel haben wir vom Kulturbund an seinem Elternhaus in der Poststraße anbringen lassen, und eine Straße ist in Zehdenick/Nord nach ihm benannt worden. Am 14. und 15. Januar jährt sich zum dreißigsten Mal ihr Todesdatum. Wir gedenken ihrer in Liebe und Hochachtung.

■ Lotte Kiesel

Der Grumsin – UNESCO Weltnaturerbe

Am 30. Januar fand im Potsdamer Haus der Natur die Präsentation des ersten Buches über das jüngste Weltnaturerbe Brandenburgs, den Grumsin, statt. Die drei Autoren, Dr. Tilo Geisel (Mitarbeiter im Umweltministerium), Dr. Michael Luthardt (Landtagsabgeordneter und Forstexperte) und Roland Schulz (Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit bei der Naturwacht), stellten nicht nur die Geschichte, die Artenausstattung und den Kampf um die Anerkennung des Grumsin als Weltkulturerbe – welcher an Spannung der Geschichte der Unterschutzstellung der DDR-Großschutzgebiete auf der letzten Volkskammersitzung im September 1990 gleichkam – anhand von Bildern eindrucksvoll vor. Neben vielen Fotos in allen jahreszeitlichen Aspekten gibt es auch Interviews mit Menschen die ihr ganzes Leben im „Wald“ verbracht haben.

Der Grumsiner Forst ist eines der ältesten Tieflandbuchengebiete in Norddeutschland. Wurde nachweislich seit 1550 als Jagdgebiet der jeweiligen Mächtigen genutzt, zuletzt von Erich Mielke, der im Jagdschloss Wolletz residierte. Durch die vorrangige Jagdnutzung blieb meist ein einzigartiger Altbuchenwald erhalten. Die Aufnahme des 590 ha großen Waldes in das Weltkulturerbe gestaltete sich schwierig, da die UNESCO die teilweise im Gebiet vorhandenen Forste, die große Anzahl der Wege und die zu kleine Fläche bemängelte. Als, die am 24. Juni 2011 geplante Aufnahme sich hinzog und schließlich vertagt wurde, ließ das nichts Gutes vermuten. Dann kam am Folgetag um 10.30 Uhr die Erlösung; Die UNESCO hatte den Grumsin zum Weltnaturerbe erklärt. In Altkünkendorf läuteten die Dorfglocken und über 100 Einwohner hatten sich spontan auf dem Dorfplatz zu einer Feier eingefunden. Eine künftige



Titelbild des Buches „Der Grumsin“

Quelle: Ehm-Welk-Buchhandlung

Touristenattraktion war geboren.

In einer der künftigen Touristeninformationen soll auch das nun erscheinende Buch „DER GRUMSIN UNESCO-Weltnaturerbe „Alte Buchenwälder Deutschlands“ angeboten werden. Bestellt

werden kann es für 29,95 Euro ab sofort über die Ehm-Welk-Buchhandlung in Angermünde. Weitere Infos gibt es unter www.buchschmook.de.

■ Norbert Wilke

Umweltgruppe fordert Benennung des Cottbuser Tagebauses nach verschwundenem Dorf Lieskow

Cottbus, 14.03.2013. Die GRÜNE LIGA Umweltgruppe Cottbus schlägt als Bezeichnung für den Restsee des Tagebaues Cottbus-Nord den Namen "Lieskower See / Likojski jazor" vor. Das macht der Verein in einem Schreiben an die Stadtverwaltung Cottbus deutlich, die öffentlich um Vorschläge zur Benennung des Sees gebeten hatte. Bereits in den 1980er Jahren wurden für die Kohleför-

derung des Tagebaues Cottbus-Nord die deutsch-sorbischen Dörfer Groß Lieskow, Klein Lieskow und Tranitz zerstört. Da es zu dieser Zeit keine geschlossenen Umsiedlungen gab, sind ihre Namen seitdem von der Landkarte verschwunden. Es ist vor diesem Hintergrund geboten, durch die Seebenennung angemessen an die verschwundenen Orte zu erinnern. Dieses Prinzip wurde im Lausitzer Braunkohlen-

revier bereits mehrfach angewandt und drängt sich auch hier auf. Von ehemaligen Klein Lieskower Einwohnern war bereits in den 1990er Jahren öffentlich dieser Vorschlag geäußert, damals aber von der Stadt ignoriert worden. www.lausitzer-braunkohle.de/Texte/2013-03-08_seebenennung.pdf

■ Umweltgruppe Cottbus

Udo Rothe – unser Vertreter im Fischereibeirat

Am 19. Januar diesen Jahres wurde Udo Rothe zum neuen Verbändevertreter im Landesfischereibeirat nominiert. Damit tritt der 48jährige Potsdamer die Nachfolge von Dr. Detlef Knuth an, der jahrelang im Beirat mitgearbeitet hatte, aber nicht erneut kandidierte. Udo ist gelernter Werkzeugmacher, Teichwirt und Ingenieur für Binnenfischerei, von 1988 bis 1992 hat er an der Ingenieurschule für Binnenfischerei Storkow-Hubertushöhe und an der Humboldt-Universität zu Berlin studiert. Seit 1985 ist er Mitarbeiter im

mit und war auch bei der Fischartenerfassung in den Kreisen Luckenwalde, Jüterbog und Herzberg aktiv.

Ab 1985 arbeitete Udo im Biologischen Arbeitskreis Alwin Arndt Luckau, war weiter bei der Fischartenerfassung im Bezirk Potsdam dabei und begann sich mit heimischen Großmuscheln zu befassen. Ein Jahr später besuchte Udo an der Landeslehrstätte für Naturschutz Müritzhof eine Weiterbildung zu einheimischen Fischen. Mit dem beginnenden Aufbau der Gesellschaft für Natur und Umwelt

zu Fischen und Gewässern, hilft beim Aufbau eines fundierten Wissens zur Problematik Kormoran versus Fischerei und forscht an der Geschichte der Fischerei. Seit 2001 arbeitet Udo auch an Gewässeruntersuchungen im Fläming, leistet ab 2003 Zuarbeit zu Gesetzentwürfen des Landes und begleitet Wasserbauvorhaben mit Blick auf den Schutz von Großmuscheln und für die FFH (Flora-Fauna-Habitat)-Ausweisung von Schutzgebieten. Zu Udos jüngsten Aufgabengebieten gehört die Beratung von



Udo Rothe bei Kartierungsarbeiten

Foto: Kai Heinemann

Potsdamer Naturkundemuseum und hier Leiter des landesweit – nicht nur durch den Welsbesatz – bekannten Aquariums. Sein Interesse für die Ichthyologie reicht weit zurück, mit acht Jahren hatte er sein erstes eigenes Aquarium mit einheimischen Fischen. Nur zwei Jahre später waren es bereits 28 Aquarien in der Wohnung der Eltern. Die DAV-Mitgliedschaft (Deutscher Angler Verband), verbunden mit einer ichthyologischen Ausbildung, besitzt Udo seit 1974.

Als aktiver Angler war es nur ein kleiner Schritt zum aktiven Naturschützer: Bereits ab 1980 arbeitet Udo bei Gewässerpflegerprojekten, wie dem Wentpfuhl, dem Pfennigphul oder dem Moosebach

im Kulturbund nahm Udo ab 1988 an den Sitzungen und Fachtagungen des Zentralen Arbeitskreises Ichthyofaunistik in Potsdam, Feldberg und Pruchten teil.

Die sehr seltene Bachmuschel (*Unio crassus*) wurde 1991 in Restbeständen durch Udos feldichthyologische Arbeiten aufgefunden. Natürlich hat Udo auch an der Erstellung und Aktualisierung der Roten Listen für Fische und Rundmäuler in Brandenburg und am Artenatlas „Fische in Brandenburg“ mitgearbeitet. Von 1992 bis 1996 war er am Seenkataster für Brandenburg und ab 1998 am Folgeprojekt für Kleinseen in Nordbrandenburg beteiligt. Seit 1998 bearbeitet Udo auch Anfragen verschiedener Umweltverbände

Naturschutzbehörden und Naturparkverwaltung bei der Umsetzung von Gewässerpfleger- und Bewirtschaftungsplänen, hier besonders im Bereich Nuthe-Nieplitz. Darüberhinaus ist Udo Leiter des Landesfachausschusses Ichthyologie des NABU, Mitarbeiter der Gesellschaft für Ichthyologie und in der Arbeitsgruppe „Diptera Germany“ (Zweiflügler-Insekten) und im Fischereibeirat des Landkreises Potsdam-Mittelmark tätig.

Bei Udo Rothe sind Beruf und Berufung untrennbar miteinander verwoben. Wir wünschen dem zweifachen Familienvater alles Gute für seine neue Aufgabe im Landesfischereibeirat.

■ Norbert Wilke

Havelbadetag am 14. Juli im Strandbad Ketzin

Im Wechsel findet der Havelbadetag jährlich in Ketzin und Schmergow statt. Die Stadt Ketzin und die örtlichen Vereine haben mit der Vorbereitung dieses Sommer-Events begonnen. Die Ketziner laden hiermit die Dörfer und Vereine aus Groß Kreutz (Havel) ein, sich mit Info-Ständen beim Havelbadetag zu präsentieren. Auch regionale Anbieter sind erwünscht. Der Förderverein Mittlere Havel unterstützt den Havelbadetag mit dem big jump, dem Sprung ins Wasser zeitgleich in vielen Flüssen Europas.

■ Chris Rappaport
Vorstand Förderverein
Mittlere Havel

Umweltfestival in Berlin

Am 1. und 2. Juni 2013 veranstaltet die GRÜNE LIGA das 18. Umweltfestival am Brandenburger Tor unter dem Motto „Lebensraum Zukunft!“.

Europas größte ökologische Erlebnismeile lockt alljährlich über 100.000 Besucher/-innen. Gemeinsam mit der Fahrradsternfahrt des ADFC hat sich das Umweltfestival zu einem herausragenden Höhepunkt der umweltpolitischen, kulturellen und sportlichen Veranstaltungen in der Region Berlin entwickelt und bietet für alle Altersgruppen ein vielfältiges Programm mit nachhaltigem Genuss und jeder Menge Information.

Das UMWELTFESTIVAL ist die ideale Bühne für Ihr Unternehmen oder Ihren Verband, Innovationen zum nachhaltigen Umgang mit unseren Lebensgrundlagen einem interessierten Publikum zu präsentieren. Hier entsteht der direkte Kontakt

zum Endverbraucher, zu politischen Entscheidungsträgern, zu Medien und zu umweltorientierten Verbänden und Unternehmen. Sie können das Publikum auf dem UMWELTFESTIVAL über nachhaltigen Tourismus, umweltverträgliche Mobilität, aktiven Klimaschutz, erneuerbare Energien, ökologischen Landbau und vieles mehr informieren, beraten und Ihre Produkte anbieten.

Anmeldungen zum Umweltfestival über unser Formular im Internet unter: http://www.umweltfestival.de/?page_id=376

Bitte beachten Sie unseren Anmeldeschluss am 1. Mai 2013!

■ Elisabeth Westphal /
Karen Thormeyer

SCHNEE VORBEI....

DIE SONNE SCHEINT...

DER BEGINN FÜR EINE NEUE ZEIT...



Kaukasische Krokuse
Foto: Norbert Wilke

Liebe Leser der Liga Libell,

wir wünschen Euch und Ihnen ein frohes und frühlingshaftes Osterfest ohne Schnee und Eis. Ostereier im Schnee, sofern sie gefärbt sind, lassen sich zu schnell finden. Sie sollten nicht die einzigen Farbtupfer zum Fest sein. Vieles blieb in den letzten Wochen liegen, zumindestens in den Gärten und auf den Höfen. Krötenzäune waren kurz da und verschwanden dann unter Schneewehen. Ab und zu kehrten ein paar Zugvögel zurück, verschwanden schnell wieder. Sie hatten sich geirrt und wollten noch nicht den Frühling verkünden. Dann tun wir das hiermit!

Eure Liga Libell-Redaktion

Impressum

Herausgeber und Verleger:

GRÜNE LIGA Brandenburg e.V.,
Haus der Natur
Lindenstraße 34,
14467 Potsdam
Tel.: 0331 - 20155 20
Fax: 0331 - 20155 22
potsdam@grueneliga.de
www.grueneliga-brandenburg.de

Redaktion:

Norbert Wilke, Christine Titel, Michael Ganschow, Friedrich Szameitat, Andrzej Christen, Katrin Fahrenz (Libell-Logo)
Erscheinungsweise: quartalsweise
Preis: 1,00 Euro
Bei Mitgliedern im Beitrag enthalten.
Auflage: 1.200 Exemplare

Bankverbindungen: VR Lausitz-Bank

BLZ: 18062678
Geschäftskonto: 55 000
Rechtsschutz: 100055000
Spendenkonto: 200055000

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben. Nachdruck und Weiterverbreitung der Texte nur mit vorheriger Genehmigung der Redaktion.